

ZeitZeichen

stark für
social profit

75
Jahre
KABÖ

- 2 **Editorial**
REDAKTIONSTEAM
- 2 **Karikatur**
JÖRG PAGGER
- 3 **Solidarisch betrachtet**
ANNA WALL-STRASSER
- 4 **Sozialwirtschaft – eine Begriffsklärung**
Teilhabe ermöglichen, Regionen entwickeln,
Gesellschaft stärken
FRANZ WOLFMAYR
- 7 **Gutes Leben für alle**
Interview mit Kurt Rohrhofer zu 75 Jahre KABÖ
- 8 **»Warm – satt – sauber« war bereits
vor 30 Jahren ein No-Go**
Aus der Praxis einer Betriebsrätin
in der Sozialwirtschaft
GUDRUN BERNHARD
- 10 **Wer unser Land am Laufen hält,
darf nicht arm bleiben**
Wirtschaftliche Stabilität, Erwerbsbeteiligung
und sozialer Zusammenhalt
BARBARA SCHUSTER
- 12 **Was ist soziale Arbeit wert?**
Solidarisierung der Betriebsführungen
als Zielvorstellung
REINHARD GRATZER
- 14 **Soziale Infrastruktur erhalten**
Budgetkürzungen gefährden soziale Unternehmen
STEFAN THURNER
- 16 **Ein Mensch mit „hörendem Herzen“**
Maximilian Aichern 1932–2026
ANDREAS GJECAJ
- 17 **Impressum**
- 18 **Miteinander ins Gespräch kommen**
Studientag anlässlich 70 Jahre KAB Steiermark
ANNA-MARIA STEINER
- 19 **Letzte (soziale) Grüße**
Alltagsgeschichten
KARL A. IMMERVOLL
- 20 **BAHÖ!**
Aus der Kreativwerkstatt des Dom Museum Wien
in Kooperation mit der KAB Wien

Alles neu!

Wir haben „ZeitZeichen – Das Magazin der KABÖ“ einem Relaunch, also einer Rundumerneuerung, unterzogen: noch übersichtlicher, noch leser:innenfreundlicher!

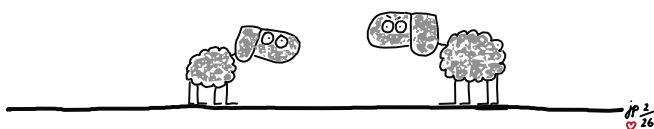
Was ist neu?

Das erweiterte Redaktionsteam – ein Willkommen an **ELISABETH ZARZER** – arbeitet im Kollektiv. Von der langjährigen Chefredakteurin **ELISABETH OHNEMUS** verabschieden wir uns und danken für ihre qualifizierte Arbeit seit 2013; ebenso gilt unser Dank **KARIN WEISS** für die grafische Gestaltung zahlreicher Ausgaben! Der Relaunch entstand in Kooperation mit **CHARLY KRIMMEL**, atelier sonderzeichen.

Zum Thema dieses Heftes, „Arbeiten in der Sozialwirtschaft“, veranlassten uns nicht zuletzt die harten und langen Kollektivvertragsverhandlungen im vergangenen Winter. Sozialwirtschaft könnte ein Motor für soziale Innovation, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung sein – wenn die Rahmenbedingungen stimmen!

Wir wünschen erkenntnisreiche Lektüre und ermuntern zu Rückmeldung über Inhalt und Gestaltung an zeitzeichen@kaoe.at.

Ihr Redaktionsteam



**„HÖR’ AUF MIT DEINEM DAUERNDEN -
BITTEDANKEVERGELT’SGOTT! DER HERRGOTT
WIRD GAR NIX RICHTEN, WENN WIR UNS
NICHT ENDLICH SELBST FÜR UNSERE RECHTE
STARK MACHEN!“**

JÖRG PAGGER ist Grafiker, Zeichner, Karikaturist und Wortspieler, der kleine feine Kunstwerke produziert, also gezeichnete Poesie zum Philosophieren, Meditieren, Politisieren, Nachdenken, Lachen und Weinen. www.joergpagger.at. Freuen Sie sich auch in Zukunft auf seine Karikaturen an dieser Stelle.

Der Mehrwert der sozialen Arbeit



Anna Wall-Strasser

Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich.

FOTO: SARAH BRUNNER

Monatelange Verhandlungen, ein Streikbeschluss, entschlossene Betriebsrät:innen – und dann ein Lohnabschluss, der die Beschäftigten frustriert und ratlos zurücklässt, weil er deutlich unter der Inflationsrate liegt. Die Verbesserungen der Rahmenbedingungen sind mit der Lupe zu suchen. Auf der einen Seite stehen etwa 130.000 Arbeitnehmer:innen mit schlechtem Einkommen, hoher Arbeitsbelastung durch Personalnot und psychisch anstrengender Arbeit mit Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Von unvorhersehbaren Wochenend- und Nachtdiensten durch Einspringen für erkrankte Kolleg:innen ganz zu schweigen. Auf der Arbeitgeber:innenseite agieren einige große und viele kleine Organisationen und Vereine als Anbieter sozialer Dienstleistungen. Meist stehen sie in direkter Abhängigkeit von Förderungen durch die öffentliche Hand. Der staatliche Spardruck ist bekannt.

Social return of investment

Selbst war ich viele Jahre ehrenamtlich verantwortlich im Vorstand eines Sozialvereins und weiß, es fühlt sich an wie in einem Schraubstock. Gegenüber den Fördergeber:innen bist du immer Bittsteller:in. Der Sozialbereich gilt schlechthin als Kostenfaktor, der ausgibt, was die Betriebe im Produktionsbereich erwirtschaften. Ein sehr kurzsichtiger Blick, der weit an der Realität vorbeigeht. Denn tatsächlich ist der gesamtgesellschaftliche Gewinn der Sozialwirtschaft ein doppelter, nämlich menschlich und wirtschaftlich. Jeder Euro, der dort eingesetzt wird, ist eine Investition in ein gutes Jetzt und eine erfolgreiche Zukunft. Der monetäre Nutzen sozialer Maßnahmen ist eindeutig wissenschaftlich belegt im *social return of investment SROI*.

Allein über Beschäftigungseffekte und wirtschaftliche Tätigkeiten von Sozialunternehmen fließt ein Großteil der Investitionen über Steuern und Sozialabgaben zurück an die öffentliche Hand. Wenn zusätzlich die Wirkung sozialer Arbeit

mit vermiedenen Folgekosten gegengerechnet wird, ergibt sich ein eindeutiges Plus. Tatsächlich kommen Einsparungen im Sozialbereich volkswirtschaftlich langfristig gesehen sehr teuer; von demokratiepolitischen Folgekosten ganz zu schweigen.

Solidarisch betrachtet

Soziale Arbeit zahlt sich also aus, rein wirtschaftlich. Und solidarisch betrachtet? Hier darf nicht aus dem Blick geraten, dass es um mehr als monetären Gewinn geht, nämlich um Menschen jedes Alters, um Gerechtigkeit, um Teilhabe und um die Würde jedes und jeder Einzelnen. Das gilt sowohl für die in der Sozialwirtschaft Arbeitenden wie auch für jene, die ihre Arbeit in Anspruch nehmen. Dazu gehören wir letztlich alle, irgendwann – zwischen Geburt und Lebensende. Die Frage bleibt: Was ist uns soziale Arbeit wert?



TEILHABE ERMÖGLICHEN, REGIONEN ENTWICKELN,
GESELLSCHAFT STÄRKEN

Sozialwirtschaft – eine Begriffsklärung

Sozialwirtschaft ist fest zwischen dem privatwirtschaftlichen Markt und dem öffentlichen Sektor zu verorten. Viele Akteur:innen sind gemeinnützig organisiert, doch schaffen sie auch Arbeitsplätze, organisieren Betriebe und tragen zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei. **FRANZ WOLFMAYR** vom Zentrum für Sozialwirtschaft in Graz weitet den hierzulande recht eingeschränkten Blick auf den Begriff Sozialwirtschaft durch die EU-Perspektive.

Sozialwirtschaft heißt Wirtschaften zum Nutzen der Gesellschaft. Im Zentrum steht die Bewältigung sozialer Herausforderungen durch Dienstleistungen für und mit Menschen – von Pflege und Gesundheit über Bildung und Integration bis zu sozialer Innovation und zivilgesellschaftlichem Engagement. Sozialwirtschaftliches Handeln produziert individuelle und gesellschaftliche Wohlfahrt und verbindet ökonomische und soziale Ziele.

Bedeutung und Herausforderungen heute

Insbesondere in einer Zeit großer gesellschaftlicher Umbrüche ist die Sozialwirtschaft von zentraler Bedeutung. Sie begegnet dem demografischen Wandel, steigender Nachfrage nach Pflege und Unterstützung, wachsender sozialer und regionaler Ungleichheit sowie verstärktem Bedarf an inklusiven Arbeitsformen mit demokratischen Führungskulturen. Gleichzeitig

steht sie vor tiefgreifenden Herausforderungen: Fachkräftemangel, unzureichende Finanzierung, administrative Hürden und fragmentierte Unterstützungsstrukturen belasten diese Unternehmen genauso wie die Notwendigkeit, Digitalisierung und Nachhaltigkeit zu integrieren.

Dabei zeigt gerade der Arbeitsmarkt im sozialen Bereich enorme Potenziale, aber auch Engpässe: Sozialwirtschaftliche Organisationen bieten stabile Beschäftigung, sinnstiftende Tätigkeiten und berufliche Entwicklungschancen, stehen aber im harten Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeitende. Systematische Investitionen in Aus- und Weiterbildung, faire Arbeitsbedingungen und Anerkennung sozialer Arbeit sind daher kein „Nice-to-have“, sondern strategische Imperative.

Sozialwirtschaft ist fest zwischen dem privatwirtschaftlichen Markt



Franz Wolfmayr

ist Gesellschafter der Zentrum für Sozialwirtschaft GmbH in Graz; er war Gründer und langjähriger Geschäftsführer der Chance B-Gruppe in Gleisdorf und Interessenvertreter in Dachverbänden auf regionaler, nationaler und EU-Ebene. Dabei ging es immer um die Verbesserung der Lebensbedingungen mit wirtschaftlichen Mitteln.

FOTO: PRIVAT

und dem öffentlichen Sektor verankert. Sie wird oft als Dritter Sektor oder Non-Profit-Sektor bezeichnet, doch geht ihre Bedeutung weit darüber hinaus. Zwar sind viele Akteur:innen gemeinnützig organisiert, doch schaffen sie auch Arbeitsplätze, organisieren Betriebe und tragen zur wirtschaftlichen Wertschöpfung bei.

Da der Dachverband „Sozialwirtschaft Österreich“ als Arbeitgeberverband vorwiegend arbeitsmarktpolitische Dienstleistungen, Behindertenarbeit & Psycho-soziale Arbeit, Gesundheits- und Pflegedienste, Soziale Dienste & Rettungsdienste, Kinderbetreuung / Kinder- und Jugendhilfe vertritt, wird der Begriff in Österreich oft nur für diese Dienstleistungsarten angewandt. Doch in der EU meint Sozialwirtschaft viel mehr.

Die Perspektive der EU: Social Economy als Zukunftsmodell

Auf europäischer Ebene wird die Sozialwirtschaft meist mit dem englischen Begriff „Social Economy“ bezeichnet. Sie umfasst eine Vielzahl von Unternehmen und Organisationen – Genossenschaften, Vereine, Stiftungen, soziale Unternehmen –, die Menschen und gesellschaftlichen Mehrwert über Profit stellen.

Die EU Social Economy Gateway-Initiative der Europäischen Kommission bündelt Informationen zu Konzept, Finanzierung, rechtlichen Rahmenbedingungen und Initiativen der Social Economy in Europa und verdeutlicht ihre wachsende politische Bedeutung. Social Economy-Unternehmen verfolgen vorrangig soziale oder gesellschaftliche Ziele, stellen den Menschen

vor das Kapital und reinvestieren einen wesentlichen Teil ihrer Überschüsse zur Erreichung dieser Ziele. Sie sind durch autonome, häufig partizipative oder demokratische Entscheidungsstrukturen gekennzeichnet und tragen vielfach zur Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt bei. Die EU-Kommission hat mit ihrem Social Economy Action Plan (SEAP) ein strategisches Programm aufgelegt, um Rahmenbedingungen zu verbessern, Zugänge zu Finanzierungen zu erleichtern und Kapazitäten zu stärken – mit dem Blick auf die Transformation zu einer inklusiven, nachhaltigen und innovationsstarken Wirtschaft bis 2030.

In Europa zählen dazu schätzungsweise 2,8 Millionen Social-Economy-Unternehmen und -Organisationen, die rund 13,6 Millionen Menschen Arbeit bieten und gemeinsam wesentlich zur sozialen Kohäsion beitragen. ►

Literatur

European Commission. (2021). Building an economy that works for people: An action plan for the social economy. Publications Office of the European Union.

European Commission. (2023). Social economy in the EU. Publications Office of the European Union.

OECD. (2023). Social economy and the future of work. OECD Publishing.

RREUSE. (2022). Social enterprises and circular economy in Europe.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. (2023). Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen.

Universität Graz. (2023). Social Economy Deklaration.

Alle Links zur oben genannten Literatur finden Sie hier:



► Good Practice-Beispiele aus der EU

1. Genossenschaften in Italien & Spanien

In Süd- und Westeuropa sind genossenschaftliche Modelle besonders stark – vom Gesundheits- und Pflegesektor bis zu kinder- und familiennahen Dienstleistungen. Diese kooperativen Strukturen verbinden lokale Verwurzelung mit demokratischer Mitbestimmung und nachhaltiger Beschäftigung.

2. Wiederverwendungsnetzwerke in Frankreich & Belgien

Netzwerke wie RREUSE verknüpfen soziale Unternehmen im Bereich Reuse & Recycling, schaffen Arbeitsplätze für Menschen mit Unterstützungsbedarf und leisten zugleich einen ökologischen Beitrag durch Abfallvermeidung.

3. Sozialunternehmertum für Integration (u. a. Deutschland)

Plattformen wie Community-Fellowships und regionale Social-Economy-Netzwerke fördern die berufliche Integration benachteiligter Gruppen durch Coaching, Qualifizierung und Unternehmensgründungen. In Umsetzung der EU-Strategie hat Deutschland bereits 2023 eine „Nationale Strategie für Soziale



13,6 Mio.

In Europa arbeiten schätzungsweise 13,6 Millionen Menschen in Social-Economy-Unternehmen und -Organisationen.

Innovationen und Gemeinwohl-orientierte Unternehmen“ entwickelt. Daran könnte sich Österreich ein Beispiel nehmen.

Ein Blick nach vorne

Die Sozialwirtschaft ist ein Motor für soziale Innovation, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung. Sie kann viel dazu beitragen, gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern – wenn sie Anerkennung, gute Rahmenbedingungen und konkrete Unterstützung erhält. Eine der Rahmenbedingungen, unter denen Sozialwirtschaft gut funktioniert, ist die Vergabe öffentlicher Auf-

träge mit sozialen Kriterien. Was in Österreich erst langsam genutzt wird, hat in südlichen Ländern bereits lange Tradition. In Frankreich werden z. B. um die 20% der öffentlichen Aufträge so vergeben, dass einerseits die zugekauften Produkte oder Dienstleistungen in hoher Qualität geliefert werden und andererseits damit Arbeit für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen geschaffen werden – ein doppelter Mehrwert.

Der europäische Kontext zeigt, dass soziales Unternehmertum und soziale Innovation nicht nur moralisch bedeutsam sind, sondern auch wirtschaftlich stark und gesellschaftlich transformierend wirken können.

In Umsetzung der EU-Strategie könnten wir Wirtschaft neu denken – nicht ausschließlich nach finanziellem Gewinn, sondern nach dem Wert, den Arbeit und Organisation für Menschen schaffen. Sozialwirtschaftliche Unternehmen in Österreich sind dazu bereit. Sie haben sich bereits 2023 zusammengetan und im Rahmen von zwei Konferenzen in der „Social Economy Deklaration“ Vorschläge entwickelt, wie das auch in Österreich gelingen kann.



Gutes Leben für alle

KURT ROHRHOFFER wird gerne als ein „Urgestein“ der KAB der Diözese Linz bezeichnet. 1961 ist er zur KAB gestoßen und noch heute mit fast 90 Jahren aktiv.

ELISABETH ZARZER vom ZeitZeichen-Redaktionsteam hat ihn gebeten, über sein langjähriges Engagement zu erzählen.

Kurt, wie bist du überhaupt zur KAB gekommen?

Die Zeit in der Katholischen Arbeiterjugend war für mein Leben prägend, so war es nahelegend, nach der Hochzeit im Jahr 1961 KAB-Mitglied zu werden. Ich war sehr rasch im damaligen Diözesanvorstand und konnte an einer Neuorientierung der KAB OÖ mitwirken.

Entscheidend für mein Engagement war die Evangeliumsstelle „Ich bin gekommen, damit ihr das Leben in Fülle habt“ (Joh 10,10). Heute sagt man vielleicht weniger pathetisch „gutes Leben für alle“,



Kurt Rohrhofer während der Linzer Diözesansynode 1973

FOTO: RUDOLF MAYER

etwas das schon hier auf Erden beginnen und allen zugänglich sein soll! Ich wollte immer einen Beitrag leisten, dass Menschen in Würde leben können und ein glückliches Leben erfahren.

Unter diesen Zielen hast du deine Mitarbeit in der KAB gesehen?

Ja, das war mir und ist mir wichtig. Ich habe im Laufe der Zeit verschiedene Aufgaben übernommen, immer ehrenamtlich. Von 1971 bis 1976 war ich Diözesanvorsitzender. Damals ging es darum, im festgefügt „Männerbund“ auch die Frauen einzubeziehen. Das war nicht immer friktionsfrei, doch letztlich sind viele KAB-Runden mit Männern und Frauen entstanden, die bis heute existieren. Ein weiterer Diskussionspunkt war zu dieser Zeit das Entstehen der Betriebsseelsorge-Zentren, eine Herausforderung zwischen Abgrenzung und Zusammenarbeit. Als KAB brachten wir uns bei der Linzer Diözesansynode (1971–73) ein und vertraten dort Anliegen der Arbeitnehmerschaft. 1969 gründeten wir den Solidaritätsfonds der KAB/KAJ mit dem Ziel, Arbeiterbewegungen in ärmeren Ländern der Welt zu unterstützen. Dieser Fonds wurde dann in allen Diözesen eingerichtet.

Ich war in verschiedenen kirchlichen Gremien tätig, aber meine „geistige Heimat“ blieb immer die KAB.



Kurt Rohrhofer

Ein Urgestein der KAB OÖ erinnert sich an die Anfänge.

FOTO: BISCHÖFLICHE ARBEITSLOSENSTIFTUNG

So motivierte dich dein KAB-Engagement für Weiteres?

Ja; ich war über 10 Jahre als Betriebsratsvorsitzender tätig und engagierte mich in verschiedenen Bürgerinitiativen für den Schutz der Umwelt und den Rechtsschutz Asylsuchender. 33 Jahre war ich im Vorstand der Arge für Obdachlose, um Menschen am Rande der Gesellschaft eine Stimme zu verleihen. 1987 war ich maßgeblich an der Gründung der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung Linz beteiligt, bis heute sitze ich im Stiftungskollegium. Aktiv bin ich auch noch beim Angebot „Junggebliebene in der KAB“, das bis heute sehr gerne angenommen wird.

Zur Zukunft der KAB denke ich: Wahrscheinlich werden sich Dinge verändern, aber ich hoffe, dass es immer wieder Menschen gibt, die sich aus dem Glauben heraus für andere einsetzen.

Herzlichen Dank für das Gespräch, Kurt!



»Warm – satt – sauber« war bereits vor 30 Jahren ein No-Go

Die stv. Betriebsratsvorsitzende im Diakoniewerk OÖ **GUDRUN BERNHARD** gibt Einblick in den Arbeitsalltag der Alten- und Behindertenpflege unter den gegenwärtig prekären Bedingungen. Als Grund macht sie den Sparzwang bei Personalkosten verantwortlich, der zur Ausdünnung von Dienstplänen und in Folge zur Überforderung des Personals führt. Ein Bericht aus der Praxis.



-15%

Das Land Oberösterreich kürzte seit 2015 das Budget in der Behindertenarbeit um ca. 15 %. Das bedeutet: Fast 1/7 des Personals fehlt.

Seufzend legt mein Kollege sein Handy beiseite – es ist ihm nicht gelungen, die Kollegin, die erschöpft und unter Tränen zuerst einen Teamkonflikt und dann ihre Überlastung schildert, von ihrer Kündigung abzuhalten. Seine Empfehlung, sich erstmal eine Auszeit verordnen zu lassen und dann intern nach anderen Möglichkeiten zu suchen, kam offensichtlich zu spät. Sie müsse die Branche wechseln, auch wenn die Arbeit hier ihr Leben war, die ihr Anvertrauten wie eine zweite Familie. Jahrelang war sie zur Stelle, wenn Kolleg:innen ausfielen, viele Einschnitte hat sie mit noch mehr Engagement abgefedert – schließlich wusste sie, wie durch professionelle Betreuung auch bei herausfordernden Klient:innen deren Potential gefördert werden konnte. Doch das ständige Einspringen, die fehlende Erholungszeit und der Zeitdruck im Dienst – zusätzlich zu ihrer privaten Situation, wo sie sich um ihre betagten Eltern kümmern muss – machten ihr „gutes Arbeiten“ immer unmöglicher.

Pflegestandards aufrechterhalten

Im Diakoniewerk werden zum einen Menschen im Alter und zum anderen Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, meist kombiniert mit körperlichen und

psychischen Einschränkungen, begleitet und gepflegt. Zwei an sich unterschiedliche Aufgabenfelder, deren Beschäftigte jedoch mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind: Arbeitsbedingungen, die professionelles Arbeiten und klientengerechte Betreuung zunehmend erschweren. Mit immer weniger Personal sollen die Pflegestandards aufrechterhalten werden.

Fünfzehn

Dahinter steht die mangelnde Finanzierung durch das Land OÖ: der Personalschlüssel in der Seniorenarbeit wurde seit 30 (!) Jahren nicht an die steigenden Anforderungen angepasst, in der Behindertenarbeit gab es seit 2015 massive Kürzungen des Gesamtbudgets um etwa 15 %.

15 % weniger Personal erforderte die Ausdünnung der Dienstpläne: Wo beispielsweise früher zwei Fachkräfte im Dienst waren, ist es jetzt nur mehr eine, und wenn die ausfällt, muss jemand in seiner Freizeit kurzfristig einspringen, denn Bereitschaftsdienste gibt das Budget nicht her. Oder Diensthabende aus der Nachbarwohnung übernehmen zusätzlich zu ihrem eigenen Klientel die Betreuung, was maximal eine Basisversorgung gewährleistet. Basisversorgung heißt im besten Fall: „warm-satt-



Gudrun Bernhard

ist stv. Betriebsratsvorsitzende im Diakoniewerk und vertritt ca. 2.000 Beschäftigte. FOTO: PRIVAT

sauber“. Diese Formel war bereits vor 30 Jahren ein No-Go und frustriert auch heute ausgebildete Fachsozialbetreuer:innen, da pädagogische Arbeit und wichtige Aspekte der Betreuung dabei ins Hintertreffen geraten.

Unattraktive Arbeitszeiten und Dienstpläne

Kurze Dienste oder auch geteilte Dienste mit mehreren Stunden Freizeit dazwischen geben das Gefühl, den ganzen Tag im Einsatz zu sein. Selbst Teilzeitangestellte müssen an fünf Wochentagen verfügbar sein. Arbeitszeiten und

die Reduzierung auf die Basisversorgung machen die Arbeit auf Dauer nicht mehr befriedigend. Immer weniger Kolleg:innen wollen unter diesen Bedingungen weiterarbeiten, die Personallücken werden immer größer. Leere Stellen werden dann mit Personen ohne oder mit minimaler Ausbildung nachbesetzt, nach dem Motto: „Lieber irgendjemand als gar niemand“. Das hat zur Folge, dass immer weniger kompetentes Personal im Dienst ist und es häufig zu teils überfordernden Betreuungssituationen kommt.

Ausreichendes und erfahrenes Personal

Das Eingehen auf die höchst unterschiedlichen Bedürfnisse der Bewohner:innen erfordert Knowhow und Erfahrung sowie ausreichend Personal im Dienst. Was bedeutet das konkret? Ein Bewohner im Rollstuhl braucht Unterstützung, um die Wohnung überhaupt verlassen zu können, ein Mensch mit Autismus benötigt Sicherheit gebende Begleitung und die Klientin mit hohem Bewegungsdrang kann nicht alleine im öffentlichen Raum unterwegs sein. Wenn dann zu wenige oder überforderte Betreuungspersonen da sind, nimmt selbst- oder fremdaggressives Verhalten zu und es kommt zu Übergriffen mit Verletzungsrisiko für wehrlose Mitbewohner:innen und deren Betreuer:innen.

Erst wenn diese Bedürfnisse wahrgenommen werden, wird es auch wieder möglich sein, gute Arbeit im Sinne der Klient:innen zu leisten, dabei selbst gesund zu bleiben und neues Personal zu finden.

Nachdem viele unserer Nöte und Probleme nur den Kürzungen der Geldmittel geschuldet sind, lassen sie sich auch beheben. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein!



Menschenwürdige Betreuung benötigt...

- ... **Finanzierung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert** statt nach Maßgabe der bereitgestellten Geldmittel
- ... **einen Personalschlüssel, der Bedürfnisse bei psychischen und geistigen Behinderungen genauso berücksichtigt wie notwendige Fachkompetenz bei Pflegehandlungen** statt reine Konzentration auf Basis-Pflege
- ... **attraktive Arbeitszeitmodelle mit garantierter Freizeit** statt unendliche Flexibilität auf Kosten der Mitarbeitenden



KÜRZUNGEN BEI BUDGETS UND LÖHNEN
TREFFEN VOR ALLEM WEIBLICHE ERWERBSBIOGRAFIEN

Wer unser Land am Laufen hält, darf nicht arm bleiben

BARBARA SCHUSTER vom Momentum Institut sieht in einer funktionierenden Sozialwirtschaft eine Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, Erwerbsbeteiligung und sozialen Zusammenhalt.

Die Sozialwirtschaft hält unser Land am Laufen. Sie umfasst systemrelevante Berufe in Pflege und Betreuung: Elementarpädagog:innen, Alten- und Behindertenbetreuer:innen, Pflege(fach)assistenten sowie diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger:innen. Schon heute wird in diesen Berufen händierend Personal gesucht – und der Bedarf wird weiter steigen. Der demografische Wandel

sorgt dafür, dass der Anteil älterer Menschen zunimmt, und mit ihm der Bedarf an Pflege- und Gesundheitsleistungen. Mit dem Eintritt der Baby-Boomer-Generation ins Pensionsalter verschärft sich diese Entwicklung zusätzlich.

180.000 fehlende zusätzliche Pflegekräfte bis 2050

Gleichzeitig stehen wir vor einer massiven Pensionierungswelle

innerhalb der Sozialwirtschaftsbranche selbst. Allein um den Status quo in der Pflege zu halten, werden bis 2050 rund 180.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt – wohlgerne ohne jeden Ausbau der Leistungen und ohne Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Beides wäre jedoch dringend erforderlich, um den steigenden Versorgungsbedarf qualitativ abdecken zu können.

Kurzsichtige politische Prioritätensetzung

Die Sicherung dieser Daseinsvorsorge ist eigentlich eine zentrale staatliche Aufgabe. Umso problematischer, dass die Sozialwirtschaft stark von öffentlichen Budgets abhängt, während politische Entscheidungen zuletzt vor allem auf Kürzungen und das Aussetzen von Inflationsanpassungen gesetzt haben. Sozialleistungen werden reduziert, Budgets gedeckelt, Kosten nicht abgegolten. Diese Politik hat Folgen: Sie trifft auch jene Einrichtungen, die Pflege, Betreuung und soziale Dienstleistungen erbringen.

Das zeigte sich aktuell besonders deutlich bei den Kollektivvertragsverhandlungen im privaten Gesundheits-, Sozial- und Pflegebereich. Rund 130.000 Beschäftigte verhandelten monatelang über ihre Einkommen. Die Arbeitgeberseite verweist auf fehlende budgetäre Spielräume, weil die öffentlichen Mittel bereits festgelegt seien. Dass selbst bei hoher Inflation kaum Bewegung möglich ist, ist kein Zufall – sondern Ergebnis politischer Prioritätensetzung.

Ökonomisch betrachtet ist das kurzsichtig. Branchen, in denen Löhne real sinken oder nicht einmal die Inflation abgelten, werden kaum neue Beschäftigte anziehen. Gleichzeitig wissen wir, dass wir in genau diesen Bereichen in Zukunft hunderttausende zusätzliche Arbeitskräfte brauchen.

Systemerhalter:innen sind beständig unterbezahlt

Ein weiterer Aspekt bleibt dabei oft unterbelichtet: die Einkommensrealität der sogenannten Systemerhalter:innen. Betrachtet man die Stundenlöhne im Vergleich zur Gesamtwirtschaft, zeigt sich, dass viele Berufe im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich deut-

lich darunter liegen. Und das trotz hoher Verantwortung, körperlicher und psychischer Belastung sowie Schicht- und Wochenendarbeit. Der Sozialbereich ist stark weiblich geprägt und weist überdurchschnittlich hohe Anteile von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte auf. Diese Kombination aus Geschlecht, Herkunft und Teilzeit wirkt sich direkt auf Einkommen und soziale Absicherung aus. Wer täglich Daseinsvorsorge leistet, lebt nicht selten in ökonomischer Unsicherheit. Das ist nicht nur sozialpolitisch problematisch, sondern auch ein massives Rekrutierungshemmnis. Solange diese Schieflage politisch in Kauf genommen wird, bleibt jede Pflege- oder Fachkräfteoffensive Stückwerk. Gute Versorgung braucht gute Arbeitsbedingungen und dazu gehören Einkommen, von denen man leben kann.

Am Ende zahlen alle: die Betroffenen, das Budget und die Gesellschaft

Hinzu kommt ein zweiter, oft übersehener Effekt: Wenn Pflege- und Betreuungsleistungen nicht ausreichend ausgestattet sind, wird ein Teil dieser Arbeit in die Familien geschoben. Wer springt dann ein, wenn Angehörige Pflege benötigen? In der Realität sind es überwiegend Frauen. Schon heute arbeitet jede zweite erwerbstätige Frau in Österreich in Teilzeit – häufig aus Betreuungsgründen. Ein Mangel an professioneller Pflege konterkariert damit das politische Ziel, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen. Weniger Erwerbsarbeit bedeutet geringere Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeiträge heute – und ein höheres Risiko von Altersarmut morgen.

Dabei ist die Sozialwirtschaft auch strukturell besonders sensibel. Rund drei Viertel der Beschäftigten



Barbara Schuster

ist stellvertretende Chef-ökonomin am Momentum Institut. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Verteilung, Arbeit, Vermögen sowie Geschlechtergerechtigkeit.

FOTO: MARLENE FEICHTENSCHLAGER

sind Frauen, ein erheblicher Teil der Stellen ist nur in Teilzeit ausgeschrieben. Kürzungen bei Budgets und Löhnen treffen daher vor allem weibliche Erwerbsbiografien. Gleichzeitig zeigt die Budgetpolitik, dass Spielräume durchaus vorhanden sind. Investitionen in militärische Ausrüstung in Milliardenhöhe werden ohne Zögern beschlossen. Warum sollten Investitionen in Pflege, Bildung oder soziale Infrastruktur nicht ebenfalls als Zukunftsinvestitionen gelten und von strengen Schuldenregeln ausgenommen werden?

Sozialwirtschaft – ein Fundament unseres Wohlstands

Volkswirtschaftlich ist klar: Eine funktionierende Sozialwirtschaft ist keine Belastung, sondern eine Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, Erwerbsbeteiligung und sozialen Zusammenhalt. Wer hier spart, spart am falschen Ende – und produziert langfristig höhere Kosten. Eine nachhaltige Wirtschafts- und Budgetpolitik muss die Sozialwirtschaft als das begreifen, was sie ist: ein Fundament unseres Wohlstands. ■

Was ist soziale Arbeit wert?

Für den Regionalsekretär in der GPA OÖ, **REINHARD GRATZER**, könnte eine Solidarisierung der Betriebsführungen der Sozialbetriebe zu einer Stärkung bei Kollektivvertragsverhandlungen führen. Doch die Realität ist eine andere.

Als ich vor knapp 15 Jahren von der KAB OÖ in die Gewerkschaft GPA wechselte, lud mich der Geschäftsführer eines Betriebes mit ca. 700 Beschäftigten zu einem Gespräch ein. Er wollte den neuen, für den Sozialbereich zuständigen Gewerkschaftssekretär kennen lernen. Er war damals seit 20 Jahren Geschäftsführer und stand kurz vor der Pensionierung. Mir war wichtig, ihm und seinen Nach-

folgerinnen, der Personalchefin und der Betriebsrätin, mitzuteilen, dass ich die Betriebsführungen im Sozialbereich nicht als Gegner der Gewerkschaft sehe. Ganz im Gegenteil, sehen wir als Gewerkschaft uns als Unterstützung für die Betriebsführung gegenüber Auftraggebern/Geldgebern, wenn wir im Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen Betriebsversammlungen, öffentliche Aktionen, Demonstrationen oder auch Streiks organisieren. Persönlich vertrat ich die Meinung, dass wir uns den ganzen Aufwand des „Säbelrassels“ sparen könnten, wenn die Betriebsführungen der Sozialbetriebe gemeinsam vorgehen würden. Die Antwort des erfahrenen Ge-

schäftsführers war: „Das wirst du nicht erleben.“

Ausgelagerte öffentliche Dienstleistungen

Inzwischen bin ich kein Neuling mehr und habe einen recht guten Überblick über meine Zuständigkeitsbereiche, den privaten Sozial- und Gesundheitsbereich sowie den kirchlichen Bereich. Österreich hat sich entschieden, viele dieser gesellschaftlich notwendigen Bereiche nicht nur staatlich zu organisieren, sondern sie großteils über die Bundesländer abzuwickeln. Stichworte wie Föderalismus, Finanzausgleich, 15a-Vereinbarung, Bundes- versus Länderkompetenz sind ja in den Medien präsent.

Die Bundesländer wiederum haben sich entschieden, diese Dienste nicht vorwiegend in landeseigenen Betrieben zu organisieren, sondern an teilweise gemeinnützige private Anbieter auszulagern. Es handelt sich also um ausgelagerte öffentliche Dienstleistungen, bei denen es vordergründig nicht um Gewinnerzielung wie etwa in der Produktion oder im Handel geht, sondern um die Versorgung von Menschen mit Unterstützungsbedarf.

Wir spielen Markt, wo der Markt nicht funktionieren kann

Wirtschaftspolitisch haben wir hier ein so genanntes Monopson oder anders ausgedrückt, ein Nachfrage-monopol. Ein öffentlicher Nachfrager, wie die Landesregierung,



FOTO: GEWERKSCHAFT GPA IEVA WANKA



Reinhard Gratz

ist Gewerkschaftssekretär in der GPA OÖ, zuständig für Gesundheit/Soziale Dienste/Kinder- und Jugendwohlfahrt sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen.

FOTO: GPA

Fazit

Es gibt Betriebsführungen, die den Widerstand der Gewerkschaft als hilfreich sehen. Leider gibt es auch andere, die dem Gewinninteresse eines Konzerns folgen (müssen). Gewinninteresse hat meiner Ansicht nach in der Versorgungsbranche nichts verloren. Und ja, einige wenige Geschäftsführungen haben sich sehr bemüht – Respekt! Doch die Mehrheit hat Angst, Aufträge zu verlieren und hat das Angebot der Gewerkschaft, gemeinsam gegenüber den Auftraggebern aufzutreten, abgelehnt. Bisher hat der eingangs erwähnte Geschäftsführer leider recht behalten.

Monopsonie und Arbeitsmarkt

Monopsonie bedeutet, ein Nachfrager bestimmt den Preis, dem viele Anbieter zu folgen haben.

Die Folge von monopsonistischer Macht am Arbeitsmarkt ist, dass Löhne unterhalb des sich andernfalls am Markt einstellenden Gleichgewichtspreises durchgesetzt werden, wodurch es zu einem Wohlfahrtsverlust kommt.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Monopson#Monopsonie_und_Arbeitsmarkt

ein Ministerium, das AMS oder ein Sozialversicherungsträger bestimmt für viele Anbieter den Preis. Es ist etwa so, als könnte ich als Konsument dem Händler vorschreiben, zu welchem Preis er mir die Ware verkaufen muss.

Beim Koralmtunnelbau läuft es anders

Wenn sich die Politik dafür entscheidet, einen Tunnel zu bauen, egal ob es der soeben fertig gestellte Koralmtunnel, der in Bau befindliche Linzer Westringtunnel oder der geplante Lobautunnel ist, macht die staatseigene ASFINAG eine Ausschreibung und vergibt die Aufträge an Baufirmen, die sich dafür beworben haben. Kein:e Politiker:in kommt auf die Idee, den Baufirmen vorzuschreiben, wieviel Geld ein Bauarbeiter für seine Tätigkeit bekommt. Im privaten Gesundheits- und Sozialbereich läuft das anders.

Was ist soziale Arbeit wert?

Soziale Arbeit ist der Kitt unserer Gesellschaft. So gesehen kann sie gar nicht gut genug bezahlt werden. Mit einer Mindestentlohnung muss Arbeit ein gutes Leben ermöglichen, auch in Teilzeit. Wir haben die über 70%ige Teilzeitquote im Sozialbereich analysiert und dafür zwei zentrale Ursachen festgestellt: Bei vielen Tätigkeiten ist die Arbeitsbelastung zu hoch, um sie langfristig in Vollzeit ertragen zu können, oder Vollzeit wird aus betriebsorganisatorischen Gründen erst gar nicht angeboten. Zynisch mutet daher die Bezeichnung „Lifestyle-Teilzeit“ an, wie sie Wirtschaftsminister

Hattmannsdorfer gebraucht hat, und zeugt von Unkenntnis über Arbeitsrealitäten in dieser Branche.

An ihren Taten werdet ihr sie erkennen

Neben dieser begrifflichen Entgleisung des Wirtschaftsministers halte ich es für wichtig, sich noch ein paar Fragen zu stellen. Wem hilft es, wenn in Oberösterreich die Sozialhilfe gekürzt wird? Was bedeutet es, wenn der Landeshauptmann von Oberösterreich sagt: „Geld ist genug da, es ist nur eine Frage der Organisation“ (ORF Pressestunde, Dezember 2025) und gleichzeitig den Beschäftigten im

„Der Wert einer Gesellschaft misst sich maßgeblich daran, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht.“

Gustav Heinemann

Sozial- und Gesundheitsbereich nicht einmal die Teuerung abgegolten wird? Oder wenn in Salzburg der Zuschuss des Bundes für Beschäftigte in der Pflege vom Land nicht an die Beschäftigten weitergegeben, sondern zur Budgetsanierung missbraucht wird? Wer war für die Patiententmilliarde bei der Krankenkassendeckelung (kein Tippfehler!) verantwortlich? Wer hat die öffentlichen Budgets in diese desaströse Situation gebracht?

Soziale Infrastruktur erhalten

Der Geschäftsführer der Sozialplattform OÖ, **STEFAN THURNER**, sieht Investitionen in die soziale Infrastruktur als wirtschaftlich wie gesellschaftlich sinnvoll. Budgetkürzungen sowie fehlende Valorisierungen gefährden hingegen nicht nur einzelne Angebote, sondern soziale Unternehmen insgesamt.

Social Profit

Im Auftrag der öffentlichen Hand unterstützt die Sozialwirtschaft Menschen in allen Lebenslagen. Soziale Dienstleistungen ermöglichen Selbstbestimmung für Menschen mit Beeinträchtigung, Chancen für Kinder und Jugendliche, Perspektiven für Personen in schwierigen Lebenssituationen oder auch Altern in Würde. Sie orientieren sich an den Bedarfen und sind nicht nur für das Wohl des Einzelnen entscheidend, sondern stärken auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Soziale Infrastruktur

Soziale Dienstleistungen werden durch professionelles Management organisiert und durch quali-

fiziertes Personal umgesetzt. So ist in Oberösterreich über die letzten Jahrzehnte eine soziale Infrastruktur entstanden, auf die sich die Bürger:innen verlassen können. Genauso wie sich der Bau oder die Renovierung von Verkehrsanlagen bei steigendem Mobilitätsbedarf auszahlt, rentieren sich Investitionen in die soziale Infrastruktur: kurz- und langfristig, wirtschaftlich und gesellschaftlich.

Kontrolle und Vorgaben

Bund, Land, Gemeinden, AMS oder das Sozialministeriumservice beauftragen die Sozialwirtschaft mit notwendigen Dienstleistungen. Für soziale Dienstleistungen gelten klare Richtlinien für Dokumentation, Ausbildungsvorgaben, Betreuungsschlüssel, Schutzkonzepte, Erfolge und Wirkungen. Die Verträge enthalten strenge Vorgaben hinsichtlich der finanziellen Gebarung, Abrechnungen sind vorzulegen und werden kontrolliert.

Flexibilität ausgelagert

Unternehmen in der Sozialwirtschaft übernehmen nicht nur öffentliche Aufgaben, sondern wirken als abhängige Auftragnehmer faktisch auch als wirtschaftlicher

und organisationaler “Puffer”: Sie müssen Budgetkürzungen und Konzeptänderungen auf Zuruf umsetzen. Flexibilität wird also mit ausgelagert, das betrifft das Management und die Mitarbeiter:innen gleichermaßen etwa durch Stundenkürzungen und Aufgabenänderungen. Gleichzeitig werden Spielräume zunehmend eingeschränkt, und zwar durch restriktive Vorgaben bei Rücklagen, enge inhaltliche Grenzen, späte Förderzusagen oder Verträge mit verkürzter Laufzeit. Zuletzt sticht auch die mangelnde Einbindung der Expertise sozialer Einrichtungen ins Auge.

Kürzungen und Braindrain

Kürzungen sind in der Sozialwirtschaft in weiten Bereichen seit Jahren ein Thema, obwohl die Anforderungen steigen. Budgetkürzungen und Nicht-Valorisierungen gefährden nicht nur einzelne Angebote, sondern auch soziale Unternehmen. Die geforderte und notwendige Flexibilität ist so nicht mehr umsetzbar.

Kürzungen wirken sich auf die Qualität von sozialen Dienstleistungen und die Zufriedenheit

Die Sozialplattform OÖ

verbindet 46 Mitgliedsorganisationen. Mit großer fachlicher Expertise versuchen diese gemeinnützigen sozialen Einrichtungen, individuelle Lebenslagen zu verbessern.

www.sozialplattform.at



der Mitarbeiter:innen aus. Dabei sind gute Rahmenbedingungen ein wesentlicher Faktor, um die gut ausgebildeten Fachkräfte in der Sozialwirtschaft zu halten und „Brain drain“ zu verhindern.

Bereits 2026 hat es in ganz Österreich massive Kürzungen im Sozialbereich gegeben, für 2027 wird dies ebenfalls kolportiert. Das hat die Verhandlungen zum SWÖ-Kollektivvertrag überschattet und zu einem zweijährigen Abschluss geführt, bei dem sich manche Beschäftigte nicht ausreichend wertgeschätzt fühlen. Für die Sozialwirtschaft bedeutet er zumindest Planungssicherheit. Für Stabilität im Sozialbereich braucht es aber auch klare Finanzierungszusagen von den Förderstellen und aus der Politik.

Strategische Einbindung gefordert

Die gegenwärtigen Krisen fordern Individuen und die Gesellschaft auf mehreren Ebenen. Die Politik muss die Strategie vorgeben, um soziale Infrastruktur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bestmöglich zu erhalten. Kürzungen aus vorrangig wirtschaftlichen Motiven und das rasche Abtun gewachsener Förderstrukturen als „Doppelgleisigkeiten“ sind allerdings keine nachhaltige Strategie. Die Sozialplattform OÖ fordert deshalb von der Politik die Einbindung der Expertise von Sozialorganisationen vor wesentlichen Entscheidungen und Kommunikation auf Augenhöhe. Das Know-how der Sozialwirtschaft ist ausschlaggebend für die Umsetzung der beauftragten

sozialen Dienstleistungen. Wenn dieses Wissen nicht genutzt wird, ist das auch in wirtschaftlicher Hinsicht unverständlich.

Zusammenhalt leben

Als Mitgliedernetzwerk und Dachverband von Sozialorganisationen gibt es in der Sozialplattform OÖ ein starkes Bekenntnis zur Zusammenarbeit und zur Bündelung von Interessen. Wir engagieren uns auch aktiv in österreichweiten Bündnissen wie arbeit plus, um die Anliegen der Sozialorganisationen bei Entscheidungsträger:innen auf allen Ebenen bekannt zu machen

Letztlich sind wir alle aber auch als Bürger:innen gefordert, uns solidarisch zu verhalten. Wir dürfen nicht vergessen, wie unser aller Lebensqualität durch den Sozialstaat steigt. Unsere Steuern müssen wir als Investition verstehen.



Stefan Thurner

ist Geschäftsführer der Sozialplattform OÖ, dem Netzwerk der OÖ Sozialorganisationen.

FOTO: PRIVAT

Und wir dürfen uns nicht untereinander ausspielen lassen und dem Irrglauben nachhängen, dass wir „mehr“ haben, wenn andere weniger bekommen. Das hat sich noch nie bewahrheitet. ■



Ein Mensch mit „hörendem Herzen“

Wir haben „unseren Sozialbischof“, MAXIMILIAN AICHERN, im Benediktinerstift St. Lambrecht in seine letzte irdische Ruhestätte gebettet. Das Requiem folgte der Spur aus dem Johannes-Evangelium: „Ich nenne Euch nicht meine Knechte, sondern Freunde!“

So möge als Kristallisationspunkt für sein Wirken das Jahr 2001 gelten, wo wir unser KAB-Grundsatzprogramm: „Wir stellen den Menschen in die Mitte“ neu formulierten und 50 Jahre KAB-Österreich mit rund 400 Teilnehmer:innen aus ganz Österreich im Museum Arbeitswelt in Steyr feierten. Bischof Maximilian hatte in seiner Jugend in Wien, wo sein Vater die Fleischhauerei in der Reingasse betrieb, seine Lehre absolviert und lebte als Jungarbeiter das Cardijn-Prinzip: SEHEN-URTEILEN-HANDELN. Er streifte es nicht ab, als er Mönch und später Abt wurde, und auch als Bischof in der Diözese Linz blieb er im Herzen KAJist.

Das wache Interesse an seinen Mitmenschen zeichnete ihn zeitlebens aus und gab ihm Kraft, positiv in die Zukunft zu schauen. Als bei einer Autofahrt durch Oberösterreich ein Kirchturm auftauchte, murmelte er: „Dieser Pfarrer hat mich auch in Rom angezeigt.“ Es war keine Spur von Bitterkeit in seiner Stimme oder in seinem Blick. Die Diözese Linz war in ganz Österreich dafür bekannt, dass es sehr pro-

gressive und auch sehr konservative Priester gab. Gerade diese Spannungen schienen seinen Glauben zu festigen. Seine Augen begannen zu leuchten, wenn er etwas für den Dialog tun konnte. Der Sozialhirtenbrief der Bischöfe „Der Mensch ist der Weg der Kirche“ trug mit den rund 2.400 Einsendungen ebenso seine Handschrift wie die Gründung der „Allianz für den freien Sonntag“ und die unzähligen Gespräche mit Gewerkschafter:in-



Bischof em. Maximilian Aichern bei der Feier zu seinem 90. Geburtstag im Cardijn Haus



Andreas Gjecaj

war von 2000–2006 Bundessekretär der KAB und Präsidiumsmitglied der KA-Österreich, danach Generalsekretär der FCG im ÖGB und ist seit 2022 Präsident der Katholischen Aktion Steiermark

FOTO: SONNTAGSBLATT/GERD NEUHOLD

nen (Lore Hostasch, Hans Sallmutter, ...). Immer brachte er im Dialog auch die Standpunkte der Wirtschaftstreibenden ein, brachte Impulse aus der Europa-Ebene mit oder berichtete von der italienischen Bischofskonferenz. Er war Ermunterer, Bestärker und Ermöglicher und griff schon 2001 in seine Privatschatulle, um den Fortbestand unseres KAB-Magazins „ZeitZeichen“ zu sichern.

„Wahre Freundschaft soll nicht wanken“ singen wir – und Bischof Maximilian war uns in der KAB ein wahrer Freund! Weit über das „Du-Wort“ hinaus hat er unsere Anliegen befeuert, uns zu jeder Tages- und Nachtzeit angerufen und die Gespräche immer mit drei Worten beendet: „Ich DANKE Dir!“ – wobei er das Danke mit tieferer Stimme besonders betonte. Der deutsche Soziologe Hartmut Rosa schreibt, dass „Demokratie Stimmen, Ohren und hörende Herzen erfordert“. Unser Sozialbischof hat der ganzen Welt sein „hörendes Herz“ geöffnet, darum rufen wir nicht nur dem Benediktinermönch und Bischof, sondern vor allem dem Menschen Maximilian zu: „Wir danken Dir!“



THEOLOGIE DES ALLTAGS

Berufen Prophetin und Prophet zu sein!
Wider das alltägliche Sparen

Wo sind unsere Alltagsgeschichten über Auswirkungen der Sparpolitik? Lasst uns in der Bibel Ermutigung zum Widerstand finden!

Theologisches Reden ist oft unverständlich und fremd in der Ausdrucksweise. Um Theologie wieder ins Gespräch mit den Menschen und ihren Erfahrungen zu bringen, darf sie nicht im luftleeren Raum hängen bleiben.

Dazu laden die Theolog:innen Magdalena M. Holztrattner und Karl A. Immervoll herzlich ein!

Mittwoch, 22. April 2026, 10–17 Uhr,
Cardijn Haus Linz; Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Anm.: mensch-arbeit@dioezese-linz.at

Impressum

Medieninhaber:in (Verleger:in): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6. Herausgeber:in: Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at. Geschäftsführung/Verwaltung: Mag.^a Gabriele Kienesberger Redaktionskollektiv: Mag.^a Gabriele Kienesberger, Maria Langmaier, MSc, Anneliese Pieber DSA, Mag.^a Anna Wall-Strasser, Mag.^a Elisabeth Zarzer Gestaltung: Charly Krimmel/sonderzeichen.at. Lektorat: Mag.^a Wilhelmine Deschberger, Dr.ⁱⁿ Sonja Meißl. Hersteller:in und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg Bankverbindung: Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW, IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

Offenlegung: www.kaboe.at/site/oesterreich/zeitzeichen

KAB

Katholische Arbeitnehmer:innen
Bewegung Österreich

www.kaboe.at

Maximilian Aichern pflegte die Verbundenheit mit der KAB und den Arbeitnehmer:innen.





v.l.n.r.: Werner Anzenberger, KA-Präsident Andreas Gjecaj, KAB-Vorsitzende u. Moderatorin Anneliese Pieber, KA-Generalsekretärin Anna Hollwöger, Monika Fuchs, Leopold Neuhold, Anna-Maria Steiner

FOTO: JOHANNES LABNER

STUDENTAG ANLÄSSLICH 70 JAHRE KAB STEIERMARK

Ins Gespräch kommen

Treffen sich eine Unternehmensberaterin, ein Gewerkschafter und ein Theologe an einem Samstagvormittag ... Was wie der Anfang eines Witzes klingt, hat sich am 17. Jänner 2026 in Graz ereignet. Dort trafen sich im kleinen Arbeiterkammersaal neben den drei Genannten noch 50 Weitere, um am KAB-Studentag teilzunehmen. Es galt, das 70-Jahr-Jubiläum der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Steiermark zu feiern und miteinander ins Gespräch zu kommen. Ein Veranstaltungsbericht von ANNA-MARIA STEINER.

Dialog-Dialog-Dialog

Sich auf die wesentlichen Grundwerte der Menschen zu fokussieren – das ist laut LEOPOLD NEUHOLD „die Aufgabe der KAB, ja der katholischen Kirche insgesamt“. Wichtig sei dabei, „das Geheimnis des Menschen zu wahren“, so der steirische Sozialethiker und Theologe. „Wir dürfen nicht nachlassen zu fragen, was denn gut für den Menschen sei.“ In Bezug auf Künstliche Intelligenz (KI) schärfte er ein, dass vor allem junge Menschen mit dieser Frage konfrontiert werden müssten und sie trotz Internet und neuer Medien nicht den zwischenmenschlichen Austausch vernachlässigen

und miteinander in Resonanz gehen mögen.

WERNER ANZENBERGER, Arbeitsjurist der Arbeiterkammer Steiermark, konfrontiert mit der Frage, was eine Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung aktuell leisten sollte, betonte ebenso das In-Dialog-Gehen. Nach seinem Beitrag über rechtliche Errungenschaften wie Kollektivvertrag und gewählte

„Nicht Sklaven, nicht Maschinen, nicht Lasttiere seid Ihr. Ihr seid Söhne und Töchter Gottes.“

Joseph Cardijn

Interessenvertretungen verwies er auf die Rolle von Religion für Arbeitnehmer:innenrechte: „Ich bin KAB-Mitglied, weil ich dieser Organisation mit größtem Respekt gegenüberstehe.“ Der Jurist und Arbeitsrechtler sieht Arbeitnehmer:innenrechte durch den Einfluss von aufgeklärten friedliebenden Religionen abgesichert.

Die Unternehmensberaterin MONIKA FUCHS zeigte einerseits die Risiken von KI am Arbeitsplatz auf, betonte aber auch die Eigenverantwortung

im Umgang mit KI, um menschenwürdige Arbeitswelten zu schaffen. Der inhaltliche Austausch und das Stellen von Fragen, die den offenen Diskurs fördern, seien wichtig in Zeiten, in denen autoritäre Präsidenten wie Trump und Putin die Demokratie mit Füßen treten, sagte die KI-Expertin auf die Frage, was eine KAB heute noch leisten könne. „Es braucht starke Stimmen gegen totalitäre Systeme, dazu müssen wir informieren, uns zusammentun und die Beachtung der Menschenrechte einfordern“, so Fuchs.

Wissend, kritisch, bei den Menschen bleiben

Auch, wenn sich seit 1956, der Gründung der KAB in der Diözese Graz-Seckau, viel verbessert hat bei Arbeits- und Lebensbedingungen, gibt es doch immer noch Ungerechtigkeiten, die es auszuräumen gilt. „Wir ... stehen erst am Anfang“, soll Kardinal Cardijn am Totenbett gesagt haben. Jenen Satz aber, der die KAB bis heute prägt, sprach Cardijn bereits Jahrzehnte davor: „Nicht Sklaven, nicht Maschinen, nicht Lasttiere seid ihr. Ihr seid Söhne und Töchter Gottes.“ Das ist bis heute so und wird es – allen Veränderungen in der Arbeitswelt zum Trotz – auch bleiben.

Letzte (soziale) Grüße

*Der Herr ist dein Hirte,
nichts wird dir fehlen.
Er lässt dich lagern
auf grünen Auen und führt dich
zum Ruheplatz am Wasser.*

Ich stehe an einem mir völlig fremden Friedhof, weit weg von zuhause. Vor mir viele Steinkreuze, Grabstätten für Personen, die mittellos sind, für „Sozialbegräbnisse“. Es ist kalt geworden in Österreich. Mit mir sind Markus und Hannah am offenen Grab. Andere Freunde des Verstorbenen wollten mitfahren, hatten dann aber keine Zeit, vielleicht aber auch nicht den Willen zu sehen, wie es ihnen selbst einmal ergehen wird. Nun, Fritz hat es überstanden. Er hatte große Schmerzen, der Krebs war erbarmungslos. Der Psalm 23 bekommt für mich eine neue Perspektive, deshalb formuliere ich ihn um: adressiert an Fritz, ein Zuspruch, wohl auch Trost für uns.

*Musstest du auch wandern
in finsterner Schlucht,
du fürchtest nun kein Unheil,
denn Er ist bei dir!*

Wenige Minuten zuvor in der Begräbniskapelle neben dem Sarg stehend, erinnerten wir drei uns an gemeinsame Stunden mit Fritz: An seine schwere Arbeit am Bau, die ihn kaputt gemacht hat; eine Beschäftigung bei einer Firma für Büromöbel endete mit deren Konkurs. Seither war Fritz ohne Arbeit, körperlich und psychisch gezeichnet, allein, ohne Angehörige. Der Antrag auf Berufsunfähigkeit wurde abgelehnt; es gäbe ja noch

Arbeiten, die er tun kann, hieß es. Aber wo? Also stellt er nach einiger Zeit einen neuen Antrag, wieder vergeblich. Das AMS schickte ihn in Kurse, doch Arbeit gab es keine. Er stellte sich bei Betrieben vor, niemand wollte ihn. Er hatte es von klein auf nicht einfach, nun schon gar nicht.

Schließlich die Krankheit. Bald kann er nicht mehr allein in seiner 2-Zimmerwohnung bleiben, Hilfsdienste kann er sich nicht leisten. Er kommt ins Krankenhaus und in weiterer Folge in eine Palliativstation. Wir erfüllen ihm einen letzten Wunsch: Fritz will noch einmal in seine Wohnung, Kaffee trinken, ein paar Zigaretten rauchen und dazu eine Schokotorte essen. Wir organisieren den Transport, eine Heimhilfe am Morgen, zu Mittag und am Abend und teilen uns selbst Anwesenheiten und Versorgung mit dem Alltäglichen auf. Nach drei Tagen geben wir auf, es braucht die Rückkehr ins Krankenhaus. Der Antrag auf einen Pflegeplatz ist schon vorher gestellt worden, den bekommt er kurze Zeit später. Er stirbt im Pflegeheim. Für das Begräbnis ist nach dem Gesetz die dortige Gemeinde zuständig, aber nur dann, wenn er auch dort begraben wird. Eine Bestattung im heimatlichen Familiengrab bezahlt niemand.

*Er deckt dir den Tisch,
er salbt dein Haupt mit Öl und füllt
dir reichlich den Becher.*

Soziale Wirtschaft ist eine Vision, die Menschen wie Fritz nicht zurücklässt, die ihm sowohl Be-



Karl A. Immervoll
KABÖ Bundesseelsorger,
karl-immervoll.at

FOTO: MATTHIAS FRÖHLICH

schäftigung, Auskommen und Pflege bietet, eine Ergänzung zur Privatwirtschaft, doch viel zu wenig gefördert. Gespart wird auf dem Rücken der Ärmere! Es ist kalt geworden im Staate Österreich.

Fritz hat sich durchgekämpft, teils gemeinsam mit ein paar Freunden, von denen es den meisten ähnlich geht. Er stirbt im Alter von 62 Jahren. Seit wenigen Monaten war er Pensionsbezieher. Nun stehen wir an seinem Grab. Ein Einzelfall? Das Steinkreuz hat die Nummer 221. Wer sie wohl suchen wird?

Bei der Heimfahrt machen wir Station, bei Frankfurter und einem Getränk – und Kaffee, ohne Zigarette, aber mit Schokotorte.

*Im Haus des Herrn darfst du
wohnen für alle Zeit. (nach Ps 23)*



BAHÖ!

Kreativwerkstatt für Erwachsene
zu gerechter Arbeit und Protest
am 19. Februar 2026

Mit anregenden Diskussionen
und lustvollem Arbeiten
zu gerechter Arbeit, Streik und
Protest von Dom Museum Wien in
Kooperation mit der KAB Wien.

FOTOS: SARAH BRUNNER



Regionalteil Wien

**Zum Kennenlernen bietet
ZeitZeichen ein Schnupperabo an**
Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo
für drei Ausgaben!

Entweder per Post:

Senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

Oder per E-Mail: kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG – MZ 02Z031417 M
Katholische Arbeitnehmer –
Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien